

ISOR aktuell

Nummer 11/2010 ★ 18. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ November 2010

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

**... und nie vergessen:
Die Solidarität!**

(Ernst Busch)

Einer Einladung des Vorstandes von ISOR e.V. folgend, berieten ehemalige leitende Angehörige der bewaffneten Organe der DDR über Konsequenzen für die von § 6 Abs. 2 Ziff. 4 AAÜG Betroffenen, nachdem das Bundesverfassungsgericht am 28. Juli seinen Beschluss vom 06.07.2010 in dieser Sache veröffentlicht hat. Im Ergebnis der Beratung ist nachstehende Erklärung verabschiedet worden:

Erklärung

**ehemals leitender Angehöriger der Ministerien des Inneren, für Nationale Verteidigung
und für Staatssicherheit der DDR zu den Rentenkürzungen nach dem 1. Änderungsgesetz zum AAÜG**

Am 28. Juli 2010 gab das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) den Beschluss seines 1. Senats vom 6. Juli 2010 bekannt, wonach es die Kürzung der Rentenansprüche für den im 1. Änderungsgesetz zum AAÜG genannten Personenkreis nach § 6 Abs. 2 Ziffer 4 des AAÜG auch weiterhin für verfassungsgemäß hält.

Diesen Beschluss haben wir gleichermaßen mit Bestürzung sowie Empörung zur Kenntnis genommen. Damit wird erneut – nunmehr zum dritten Mal, jeweils mit anderen und nicht substantiierten Begründungen und Konstruktionen – eine unserer Auffassung nach politisch motivierte Verletzung der Gleichheit vor dem Gesetz und der Wertneutralität des Rentenrechts festgeschrieben.

Eine 2005 vom Deutschen Bundestag normativ behauptete Weisungsbefugnis des betroffenen Personenkreises gegenüber dem MfS als Rechtfertigungsgrund für Anspruchsverkürzungen wird zwar ausdrücklich als ungeeignet verworfen, jedoch werden die tatsächenwidrig fixierten Regelungen unberührt gelassen. Stattdessen werden Argumentationen eingeführt,

die gleichermaßen untragbar sind. So heißt es jetzt in der Begründung, dass es sich »um eine kleine Gruppe von Personen mit höchsten staatlichen Leitungsfunktionen (handelt), bei denen der Gesetzgeber davon ausgehen kann, dass jedenfalls sie einkommens- und versorgungsseitig von einem System der Selbstprivilegierung profitierten«. Hier werden ohne schlüssige Beweisführung und im Widerspruch zu den realen Verhältnissen dem Rentenrecht fremde, ideologisch konstruierte Prämissen wieder aufgegriffen, die einem rechtstaatlichen Verfahren zutiefst wesensfremd sind. Unberücksichtigt blieb auch der Umstand, dass durch die Überführung der Versorgungsansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung ohnehin schon eine Kappung der möglichen Ruhestandsbezüge eingetreten ist. Das gegenwärtige Rentenniveau eines Generals der DDR liegt in der Höhe unter den Pensionsansprüchen eines Feldwebels der Bundeswehr. Dieses Vorgehen ist für uns unverständlich. Offensichtlich soll das Recht nunmehr herhalten, um verfahrene politische Lösungen plausibel zu machen.

Es ist zu befürchten, dass mit dem Beschluss des BVerfG vom 6. Juli 2010 begonnen wurde, das Rentenstrafrecht auch für alle anderen davon noch betroffenen SED- und Staatsfunktionäre, Richter und Staatsanwälte, Volkspolizisten, NVA-Angehörige und insbesondere auch die Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR endgültig zu etablieren.

Auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung wird damit Amtsträgern der DDR angelastet, dass sie einem anderen Staat dienten. Als ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe der DDR haben wir dazu beigetragen, dass auf unserem Kontinent und in unserem Land Frieden herrschten. Auch bei den Ereignissen 1989/1990 sind wir unserer Verantwortung in umsichtiger Weise gerecht geworden. Es ist auch unser Verdienst, dass diese Ereignisse unblutig verliefen. In der Fortdauer des Rentenstrafrechts sehen wir einen Angriff auf die Würde und die Gleichheit der Menschen. Es ist an der Zeit, auch diese Form des Kalten Krieges zu beenden. Vom Deutschen Bundestag erwarten wir, dass er einen Schlussstrich unter diese Diskriminierungen setzt und eine politisch ausgleichende Entscheidung trifft.

Für die betroffenen ehemaligen Angehörigen des

Ministerium des Innern:
Karl-Heinz Schmalfuß
Generalleutnant a.D.

Ministerium für Nationale Verteidigung:
Theodor Hoffmann
Admiral a.D.

Ministerium für Staatssicherheit/AfNS:
Dr. Wolfgang Schwanitz
Generalleutnant a.D.

ISOR hatte es übernommen, diese Erklärung öffentlich zu machen. Dem entsprechend wurde sie im Auftrag der Unterzeichner dem Bundespräsidenten, dem Bundesratspräsidenten, der Bundeskanzlerin und der Präsidentin des Bundesrates übermittelt und ebenfalls allen Fraktionen und den Vorständen der im Bundestag vertretenen Parteien. Eine Übermittlung erfolgte gleichfalls an die Präsidenten und die Landtagspräsidenten der Ostdeutschen Bundesländer und die Fraktionen der in den Landtagen vertretenen Parteien, selbstverständlich auch an die Vorstände der im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden vereinten Organisationen sowie an eine Reihe von Sozialverbänden. Die Erklärung wurde zugleich als Presseinformation den Medien übergeben. Dies der guten Ordnung halber und trotz unserer Erfahrung um deren üblicherweise selbst verordnete Zurückhaltung oder ihre allgemein in vorauselendem Gehorsam gepflegte Schweigsamkeit beim Umgang mit solchen Meldungen.

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Die turnusmäßige Sitzung des Vorstandes wurde im Oktober 2010 gemeinsam mit dem Vorstand der TIG Berlin-Hohenschönhausen durchgeführt. Die Mitglieder des Vorstandes folgten aufmerksam dem Bericht des TIG-Vorsitzenden Klaus Schlegel, der darlegte, wie diese mit über 1.000 Mitgliedern größte TIG ihre Arbeit organisiert. Sein Bericht wurde durch weitere Mitglieder seines Vorstandes ergänzt. So bilden monatliche Sprechstage, verbunden mit Vorstandssitzungen, mit der Auslieferung von **ISOR aktuell** und mit persönlichen Beratungen ein wichtiges Bindeglied zu den 80 Funktionären und den Mitgliedern. Kiez-Versammlungen ersetzen Gesamtmitgliederversammlungen. Entwickelt wurden die koordinierte Zusammenarbeit mit den vier weiteren TIG im Bezirk Berlin-Lichtenberg und deren gemeinsame Teilnahme an der Mitgestaltung des politischen Lebens im regionalen Bündnis für soziale Gerechtigkeit. Der Vorstand stimmte der Einschätzung zu, dass es jetzt darauf ankommt, durch Verstärkung der individuellen Arbeit mit den Mitgliedern, den nach dem jüngsten Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zum § 6 (2), Ziffer 4 AAÜG gewachsenen Zweifeln am Erfolg unseres Kampfes zu begegnen. Schlüssel zu positiven Ergebnissen war, ist

und bleibt dabei eine kameradschaftlich und auf freundschaftlicher Basis geführte Diskussion, der gegenseitige Vorwürfe fremd sind und mit der auch Gerüchten und Spekulationen der Boden entzogen wird.

★

Der Vorstand beteiligt sich weiter konstruktiv an sachkundigen Prüfungen für eine mögliche Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, mit der die Diskriminierung ehemaliger Verantwortungsträger der DDR thematisiert werden soll. ISOR wird eine solche Klage bei erkennbaren Erfolgschancen solidarisch unterstützen.

★

In der Auseinandersetzung um die Anrechnung von Zulagen und Zuschlägen für die Rentenberechnung ist jetzt ein Berufungsverfahren eines ehemaligen Angehörigen der Zollverwaltung der DDR vor dem LSG Berlin anhängig. In diesem Zusammenhang ist nochmals hervorzuheben, dass solche Anrechnungen nur bei Antragstellung möglich werden. Auch ehemalige Angehörige des MfS, die überwiegend oder für längere Dienstzeiten 1,0 Entgeltpunkte nicht erreichen, sollten eine solche Antragstellung überdenken.

★

Der Geschäftsführer Karl-Heinz Hypko erläuterte die Statistik zur Mitgliederbewegung. Es gibt eine leicht rückläufige Tendenz im Mitglieder-

Öffentliche Sitzung des Petitionsausschusses am 8. November 2010

Am 7. Oktober erhielt der Vorsitzende der ISOR e.V. ein Schreiben vom Petitionsausschuss in dem es heißt:

*»Sehr geehrter Herr Parton,
der Petitionsausschuss hat entschieden, dass er Ihre Petition zum Thema „Regelungen zum Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgezetz“ in einer öffentlichen Sitzung beraten wird. Sie haben die Gelegenheit, an dieser öffentlichen Sitzung teilzunehmen. Ich gehe davon aus, dass Sie gegen eine öffentliche Beratung Ihrer Petition keine Einwendungen haben. Andernfalls bitte ich um kurzfristige Benachrichtigung.*

Während der Sitzung haben Sie die Möglichkeit, Ihr Anliegen noch einmal kurz vorzutragen und auch Fragen an die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Vertreter der Bundesregierung zu stellen.«

bestand. Im letzten Berichtsjahr sind über 500 ISOR-Mitglieder verstorben. Dem stehen mehr als 400 Neuaufnahmen gegenüber. □

Uckermark/Mecklenburg-Vorpommern (Ost) in der zweiten Oktoberhälfte in Prenzlau. Eingeladen hatte dazu der TIG-Vorstand der uckermärkischen Kreisstadt.

Als Gast, übrigens schon zum dritten Mal, konnten die Vereinsmitglieder den stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Horst Bischoff begrüßen. Ausführlich und mit guten Argumenten informierte dieser über die gegenwärtige Situation im Kampf für Rentengerechtigkeit, über Einzelheiten auf dem erneuten Weg nach Karlsruhe und er erläuterte Aufgaben, die jetzt an der Basis von den TIG zu lösen sind. Dabei betonte er, dass der Kampf gegen das Rentenstrafrecht unsere Aufgabe sei, die uns niemand abnehme. Auf den BVerfG-Beschluss vom Juli 2010 eingehend, erklärte er, dass damit das Image als Rechtsstaat Schaden erlitten habe. Kampf gegen das Rentenstrafrecht bedeute aber vor allem auch Kampf für Aufhebung jeglicher Diskriminierung und für Achtung der Menschenwürde. Als Aufgabe bezeichnete er, für einen engen Zusammenschluss zu sorgen, dafür, dass Wärme, Herzlichkeit und Geborgenheit für jedes Vereinsmitglied spürbar werden.

Sabine Stüber, Bundestagsabgeordnete (DIE LINKE), Mitglied des Bundestagsausschusses für Petitionen, konnte mitteilen, dass nunmehr Anfang November eine öffentliche Anhörung zu

Aus unseren TIG



Am 29.09.2010 fand die Mitgliederversammlung der TIG Güstrow statt. Durch den Vorstand wurde auf der Grundlage der **ISOR aktuell** Nr.9/2010 die Stellungnahme des Vorstandes von ISOR behandelt. Im Ergebnis der lebhaften und sachlichen Diskussion wurde einstimmig folgende Willensbekundung beschlossen:

»Wir, die Mitglieder der TIG Güstrow, sind uns bewusst, dass der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 06.07.2010 unseren Kampf um die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts erschwert. Zweifellos ist er ein erneuter Beweis dafür, dass Verfassungsrichter die politisch-moralische Wertneutralität des Rentenrechtes ignorieren und sich dem rentenrechtlichen Rachefeldzug gegen »staatsnahe« ehemalige DDR-Bürger anschlossen.

Doch lassen wir uns nicht entmutigen und erklären deshalb unseren unbeugsamen Willen, mit all unseren Möglichkeiten weiterhin den Gang zum Bundesverfassungsgericht auf Grundlage der nachzuweisenden rechtserheblichen Tatsachen zu unterstützen. Die Position des Vorstandes in der Stellungnahme, es gibt keinen Grund, unseren Kampf vor Ausschöpf-

fung aller sich bietenden Chancen zu beenden, ist auch unsere feste Überzeugung. Wir sind uns bewusst, dass die gemeinsame Solidarität mit allen anderen betroffenen Mitgliedern in Vereinen und Verbänden jetzt noch größere Bedeutung erlangt. Deshalb werden wir uns noch tatkräftiger in den Kampf gegen den von der schwarz-gelben Regierung praktizierten Kurs des weiteren Sozialabbaus einbringen. Wir werden jetzt erst recht stets im Sinne der Entschließung der Vertreterversammlung vom November 2009 handeln.« **Hans Wendt**

★

Auf dem erneut angestrebten Weg zum Bundesverfassungsgericht mit dem Ziel, Rentenstrafrecht endgültig zu beseitigen, war der BVerfG-Beschluss vom 6. Juli zum § 6 Abs. 2 Ziff. 4 nicht ermutigend. Dieser lieferte unseren TIG viel Gesprächsstoff und er fordert eine Aktualisierung unserer Positionen. Diese münden, und das ist erfreulich, meist in dem Bekenntnis: Wenn auch erschwert, wir machen weiter! Das Wie dabei rückt stark in den Vordergrund.

Um diese Frage ging es auch bei einem Treffen der Vereinsmitglieder des Stützpunktes

>>> Fortsetzung auf Seite 3

>>> Fortsetzung von Seite 2

der von ISOR initiierten Sammelpetition anbraumt sei.

Heinz Matzdorf, langjähriger TIG-Vorsitzender in Templin, dankte beiden Gästen für die aktuellen Informationen, dafür, dass sie den Teilnehmern der Veranstaltung neuen Mut mitgegeben haben, für ihr Wirken in den TIG. Sein Dankeschön galt auch der gastgebenden TIG Prenzlau.

Benno Butschalowski



Die Vorstände der TIG **Berlin-Friedrichshain** und **Berlin-Mitte** luden zu einer Informationsveranstaltung am 21.10.2010 ein.

Der TIG-Vorsitzende von Friedrichshain, Hartmut Sänger begrüßte Dr. Rainer Rothe, Stellv. Vorsitzender und Leiter der AG Recht und Dr. Gerhard Dylla, Mitglied des Vorstandes und Landesbeauftragter Berlin als Gäste.

Dr. Rainer Rothe erläuterte den ca. 150 Teilnehmern die Probleme, die sich aus dem Beschluss des BVerfG vom 6. Juli 2010 zum § 6 Abs. 2 Ziff. 4 AAÜG ergeben. Er machte darauf aufmerksam, dass mit diesem Beschluss unsere Arbeit nicht leichter geworden ist, es aber auch keinen Grund gibt, den Kopf in den Sand zu stecken. Von unserem Ziel – Abschaffung des Rentenstrafrechts – lassen wir uns nicht abbringen. Im Anschluss an seine Ausführungen beantwortete er Fragen der Anwesenden. Hier wies er besonders noch einmal auf die Problematik der möglichen Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen für die Rentenberechnung hin.

Die Zusammenkunft wurde zudem genutzt, Unterschriften für die Aktion »**KOPFPAUSCHALE STOPPEN**« zu sammeln. **Margrit Sommer**



Mit der Mitgliederversammlung der TIG Leipzig am 2. Oktober 2010, verbunden mit der Neuwahl des Vorstandes, wurden die Organisationswahlen im Rahmen der TIG abgeschlossen. 154 Mitglieder der TIG und ihre Gäste aus befreundeten Verbänden/Vereinen und Vertreter aus den TIG des ehemaligen Bezirkes Leipzig begrüßten mit großer Herzlichkeit Dr. Rainer Rothe, stellv. Vors. der ISOR, und Gen. Dr. Dietmar Pellmann, sozialpolitischer Sprecher der Linkspartei im Sächsischen Landtag.

Der Vorsitzende der GBM Ortsverband Leipzig hat sich in einem Schreiben aus gesundheitlichen Gründen entschuldigt, er versicherte, dass sein Verband unseren Kampf um Frieden, soziale Gerechtigkeit und Anerkennung der Lebensbiographie jedes DDR-Bürgers voll unterstützt.

Die Veranstaltungen in den Untergruppen und der TIG wurden vor allem von folgenden Inhalten bestimmt:

Die Mitglieder werten den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 06. Juli 2010 zum § 6 Abs. 2 Punkt 4 AAÜG als politisch motivierte Entscheidung im Widerspruch zur Wertneutralität des Rentenrechtes und bekräfti-

tigen ihre Entschlossenheit, im Kampf zur Beendigung des Rentenstrafrechtes nicht nachzulassen.

Unter dem Motto »gelebte Solidarität« werden die Aktivitäten der TIG und ihrer Mitglieder in die sozialen Auseinandersetzungen unserer Zeit eingeordnet, wird solidarische Unterstützung im Ringen um mehr soziale Gerechtigkeit gegeben und empfangen. Gelebte Solidarität erweist sich auch im aktiven Wirken bereits von der Rentenstrafe befreier Mitglieder in unserer Solidargemeinschaft.

Im Wissen, dass Anzahl und Tätigkeit der Mitglieder, die qualifizierte Arbeit der Vorstände, Funktionäre und Betreuer entscheidend sind für Wirksamkeit und Aktionsfähigkeit der TIG, wird dem Erhalt der Mitgliederstärke und der Gestaltung eines interessanten Vereinslebens besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Der Bericht des Vorstandes, vorgetragen vom Beiratsmitglied und Vorsitzenden der TIG, Peter Kurze, enthielt eine gestraffte Bilanz der zurückliegenden fünf Jahre und die weiteren Anforderungen im Kampf um soziale Rechte und Rentengerechtigkeit. Wichtigster Beitrag zur Unterstützung des juristischen Weges waren die über 2.400 Unterschriften unter die Sammelpetition gegen das Rentenstrafrecht. Den Dank dafür richtete Peter Kurze auch an die solidarischen Unterstützer im Stadtverband der Partei DIE LINKE, der GRH, der DKP und der im Arbeitskreis Senioren der Stadt tätigen Vereine.

Die Mitglieder der TIG trugen mit der Unterstützung vieler zentraler und territorialer Initiativen zu sozialen und kommunalen Problemen dazu bei, ISOR als Sozialverein weiter bekannt zu machen. Das gilt auch für das ehrenamtliche Wirken vieler Mitglieder in linken Parteien, Organisationen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden. Zur guten Bilanz der TIG gehören auch die Ergebnisse der AG Recht und Öffentlichkeitsarbeit und die ordnungsgemäße Finanzarbeit. Vorhandene Schwierigkeiten und Probleme, Möglichkeiten der Verbesserung wurden im Bericht des Vorstandes nicht ausgespart. Alter und Gesundheitszustand der Mitglieder beeinträchtigen die Nachwuchsgewinnung für Funktionen. Die Neugewinnung von Mitgliedern muss auf eine noch breitere Basis gestellt werden, um den Rückgang durch Sterbefälle und Austritte auszugleichen. Mehr befähigte Mitglieder sind in die politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit einzubeziehen und zu motivieren, ihre persönliche Stimme zu erheben.

Eingeordnet in die politische Situation erläuterte Dr. Rainer Rothe eindrucksvoll und überzeugend den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zu § 6/2 Punkt 4 AAÜG und die aktuellen Erfordernisse der weiteren juristischen Auseinandersetzung. Er charakterisierte den Kampf gegen Rentenstrafrecht als Teil der sozialen Kämpfe und hob die Notwendigkeit hervor, die Zusammenarbeit mit weiteren Bündnispart-

nern zu entwickeln und zu pflegen. Betroffene wurden von ihm ermuntert, Anträge auf Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen für die Rentenberechnung zu stellen

Genosse Dr. Dietmar Pellmann überbrachte Grüße vom Vorsitzenden des Stadtverbandes und versicherte, dass DIE LINKE in Leipzig und im Land weiterhin solidarisch mit ISOR bleibt. Er kritisierte die Sparpolitik unter schwarz-gelbem Diktat und die Pläne zur Einführung einer Kopfpauschale, hinter der sich Kürzungen im Sozialbereich und Bekenntnisse zur Privatisierung auf allen Ebenen verbergen. Es sind Tests der Kanzlerin und der Koalition, wie weit sie mit den Belastungen der Bevölkerung gehen können. Neu ist, dass Proteste nicht nur von linken Bewegungen, sondern immer mehr aus der Masse der Bevölkerung kommen.

Der vom Vorstand vorgelegte Beschlussentwurf für die weitere Arbeit wurde einstimmig angenommen. In ihm wird das einheitliche und geschlossene Handeln der Mitglieder, die Überzeugung von der Richtigkeit unseres rechtlichen und politischen Kampfes, das Vertrauen in die Arbeit des Vorstandes ISOR und in die Verfahrensführung unserer Anwälte betont. Alle Mitglieder erhielten den Beschluss im Oktober mit der Ausgabe von **ISOR aktuell** »Gelebte Solidarität«, dieses Motto kam auch darin zum Ausdruck, dass die bereits im September in den Untergruppen begonnene Aktion »Köpfe gegen Kopfpauschale« fortgeführt und dem DGB weitere Listen mit 93 Unterschriften übersandt werden konnten und die Unterstützung einer Spendenaktion zur Ehrung der Kundschafterin und Schriftstellerin Ruth Werner große Resonanz fand. Sammlungen der Untergruppen und in der Mitgliederversammlung erbrachten 586,- Euro, die dem Verein in Caritz zur Gestaltung der Dauerausstellung überwiesen wurden.

Siegfried Lorenz



Der Vorstand der TIG Köpenick lud alle Basisgruppenleiter und ehemalige Angehörige der Deutschen Volkspolizei, der Organe Feuerwehr und Strafvollzug zur Lesung des Buches »Innenansichten« durch Generalleutnant a.D. Karl-Heinz Schmalfuß ein.

Gäste unserer Veranstaltung waren auch der Stellvertretende Vorsitzende des ISOR-Vorstandes, Prof. Dr. Horst Bischoff, der Vorsitzende der GRH Köpenick, Eberhard Fischer, und das Mitglied des Beirates von ISOR, Helmut Hofert.

Der Autor, Generalleutnant a.D. Schmalfuß, legte das Anliegen dieses Buches in anschaulichen Worten dar. Er schilderte sein Leben und seine berufliche Entwicklung bis zur Beendigung seines Dienstes am 03.10.1990.

Schwerpunkt dieses Gespräches war die Schilderung des Autors zu seinem Werdegang im Ministerium des Innern der DDR.

>>> Fortsetzung auf Seite 4

>>> Fortsetzung von Seite 3

Sehr interessant waren die Bemerkungen zu den Anforderungen an das Ministerium während des Kalten Krieges und die sich daraus ergebenden Aufgaben und Strukturen des Ministeriums und seiner Organe.

Als Leiter des Büros des Ministers war der Autor an vielen grundsätzlichen Entscheidungen des Ministers sowohl zur staatsrechtlichen Stellung und Verantwortung der Deutschen Volkspolizei als auch der Organe Feuerwehr und Strafvollzug beteiligt.

Kritisch und selbstkritisch nahm der Autor auch zu den Ereignissen in den Jahren 1989/90 Stellung. Besonders hob er hervor, dass es durch das besonnene Handeln der Offiziere und Wachtmeister in den Dienststellen und Einheiten nicht zur Anwendung von Waffengewalt kam. Diese Tatsache wird heute in der offiziellen Geschichtsbetrachtung bewusst verschwiegen.

Prof. Dr. Horst Bischoff begrüßte die Veröffentlichung dieses Buches als einen Teil zur Schilderung der Verhältnisse in den Schutz- und Sicherheitsorganen der DDR. Es wäre wünschenswert, wenn weitere Autoren aus den Dienstzweigen Schutzpolizei, Verkehrspolizei, Pass- und Meldewesen u. a. sich zu Wort melden würden.

Horst Pöhl, Basisgruppenleiter



Solidarität ist das feste Band im Kampf gegen den sozialen Kahlschlag und im Besonderen in der Wahrnehmung unserer Verantwortung unseren anvertrauten Mitgliedern gegenüber. Das war der Geist einer Veranstaltung unserer TIG Marzahn anlässlich des 65. Jahrestages der Deutschen Volkspolizei.

Für die solidarische Haltung vieler ehemaliger Angehörigen der DVP u.a. bewaffneter Organe bedankte sich die TIG Marzahn gemeinsam mit dem Vorstand.

Nach den Eröffnungsworten vom Vorsitzenden der TIG Marzahn Horst Reichardt, dem Initiator dieses Treffens, sprach der Stellv. Vorsitzende von ISOR Prof. Dr. Horst Bischoff. Er stellte folgende Worte des großen tschechischen Schriftstellers und Dramaturgen Karl Capek an den Anfang seiner Ausführungen:

»Ja, vieles hat sich geändert, aber die Menschen sind die gleichen geblieben; nur wissen wir jetzt besser, wer wer ist. Wer anständig ist, war immer anständig; Wer treu war, ist es auch jetzt, Wer sich im Wind dreht, der sich auch früher mit dem Wind gedreht. Wer denkt, jetzt sei der Augenblick gekommen, hat auch früher nur an sich gedacht. Niemand wird ein Überläufer, der nicht einer war. Wer zum Glauben wechselt, der hat keinen. Eine harte Prüfung ist auch eine harte Erkenntnis.«

geschrieben 1938

Horst Bischoff gab einen konkreten Überblick zum Wirken, den vielfältigen Aktivitäten des Vorstandes als Orientierung für die weitere Arbeit in den TIG. Er dankte vor allem der breiten solidarischen Haltung vieler ISOR-Mitglieder aus der Deutschen Volkspolizei und der anderen Sicherheitsorgane gegenüber denen, die durch Rentenstrafrecht betroffen sind. Er verwies darauf, dass gerade der Faktor Solidarität durch die Mitgliedschaft in ISOR ein großes Gewicht für die weitere erfolgreiche Tätigkeit von ISOR darstellt. Auch wenn der Einzelne seine persönlichen Ziele als erreicht betrachtet, gibt es trotzdem zur Beseitigung von vorhandenen Ungerechtigkeiten noch viel zu tun. Dafür lohnt es, sich mit allen Mitteln einzusetzen.

Umso höher sei der Respekt gegenüber der großen Zahl unserer Freunde, die in ISOR im Ehrenamt freiwillig Verantwortung für andere tragen. Dass das Verhältnis solcher Menschen untereinander besonders achtungsvoll und herzlich ist, versteht nur jemand nicht, der uns nicht kennt.

Äußerer Anlass der Zusammenkunft war der 65. Jahrestag der Gründung der Deutschen Volkspolizei. Dem hatte Generalmajor a.D. Dieter Winderlich in **ISOR aktuell** einen Leitartikel gewidmet. Seine dort geschriebenen Worte unterstreicht er erneut mit seiner Wortmeldung zum Beschluss vom 6. Juli des BVerfG. Er betonte aus dieser Situation heraus die erneute Bereitschaft vieler Angehörigen der VP, weiter mit den anderen Mitgliedern solidarisch zu kämpfen. Der Aufruf wird sehr ernst genommen und der Kampf gegen soziales Unrecht geht weiter.

Mit anschaulichen Worten legte danach General a.D. Schmalfuß dar, wie bei den Recherchen für sein Buch »Innenansichten« in breiten Teilen der Bevölkerung die Arbeit der Deutschen Volkspolizei positiv bewertet wurde. Oft wurde hervorgehoben, wie besonders in der heutigen Zeit zu Fragen der Sicherheit und Ordnung das System des Abschnittsbevollmächtigten vermisst wird. Die Tätigkeit der VP steht immer noch hoch im Kurs.

Oberst a.D. Ehrhardt, ehem. Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltung Berlin des MfS, dankte für die Einladung und verwies auf die jahrzehntelange Solidarität und Waffenbrüderlichkeit. Das Verhältnis aller Mitglieder in ISOR ist auch heute noch gut und von Solidarität geprägt. Alle Erfolge sind gemeinsame Erfolge, für die es sich lohnt, weiter zu kämpfen. Er kritisierte die ehemaligen Angehörigen des MfS, die bereit sind, die Erfolge von ISOR in Anspruch zu nehmen, ohne selbst etwas dafür zu tun. Es werden neue Freunde gebraucht und jeder kann dazu beitragen, neue Mitglieder für ISOR zu gewinnen. Das ist nicht nur eine Pflicht der Verantwortungsträger von damals, es ist auch eine politische Verantwortung.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden für ihren Einsatz und ihr großes Engagement bei

der Betreuung von Mitgliedern Auszeichnungen überreicht an Ruth Bonk (82), Manfred Purschke (83), S. Baum (76) H. Klein (82), sie sind in ihrem Wirken unermüdlich.

Horst Reichardt

Aus der Postmappe:**Sabines »Heilige Schriften«**

Dem »christlich-demokratischen« Zeitgeist folgend, wird der Gast in der Masse der Hotels und Pensionen mit in allen Zimmern zu findenden »Heiligen Schriften« belegt.

Das Mitglied unserer TIG Niesky Sabine Weiser betreibt seit Jahren in der herrlichen Landschaft des Oberlausitzer Seen-, Heide- und Teichgebietes die gutgehende idyllische »Pension Weiser« mit 10 Zimmern und vier Ferienwohnungen. Ca. 50 % sind Stammgäste aus Ost und West. Seit kurzer Zeit befinden sich auch in ihrer Pension in jedem Zimmer und in der kleinen aber feinen Pensionsbücherei Bibeln besonderer Art: »Fragen an das MfS«! Die Gäste staunen, sind interessiert, manche schmunzeln still, aber andere suchen das Gespräch, möchten das Buch kaufen – einige lassen es auch einfach still und leise »mitgehen«, so dass sogar Nachbestellungen erforderlich waren.

Es gehört sicher eine große Portion Courage, Mut und Standhaftigkeit dazu, sich als Pensionsbetreiberin derart offen zur Sache zu bekennen und die Diskussion über das MfS zu suchen. Aber gerade diese Offenheit bringt ihr Anerkennung und Sympathien ihrer Gäste.

Wahrscheinlich ist die Pension Weiser die einzige Einrichtung ihrer Art in Deutschland, in der »Fragen an das MfS« zur Ausstattung gehört.

Dafür, liebe Sabine, Dank und Anerkennung!

Gerhard Hoffmann



Wir sagen herzlichen Dank für Eure mehrfache Unterstützung unseres Anliegens, Ruth Werner zu ehren:

- für die Veröffentlichung unseres Spendenaufrufs in **ISOR aktuell**,
- für Eure Spende an das Vereinskonto,
- für Eure Bereitschaft, unser Vorhaben weiterhin zu begleiten.

Als aktuelle Informationen heute folgendes:

1. Die Gründung unseres Vereins erfolgte am 10. Todestag von Ruth Werner wie vorgesehen. Wir sind z.Zt. 20 Mitglieder und haben einen jungen Vorsitzenden gewählt. In der vergangenen Woche erhielten wir die Bestätigung für die Eintragung ins Vereinsregister. Wir heißen also jetzt Ruth-Werner-Verein e.V.

>>> Fortsetzung auf Seite 5

>>> Fortsetzung von Seite 4

2. Am 14. August haben wir im Scheunenladen in Carwitz – direkt an der Dorfstraße gelegen – unter großer Beteiligung die Ausstellung eröffnet, die gut angenommen wird.

Auf 7 Tafeln haben wir in Text und Bild Leben und Werk Ruth Werners dargestellt, haben von jedem ihrer Bücher mindestens ein Exemplar ausgelegt, haben viele Zeitungsartikel seit 1978, Photos, persönliche Erinnerungen, z.B. aus einem Brigadetagebuch, aber auch aktuelle Beiträge zum Anschauen und Nutzen in einer Lesecke bereit gestellt.

Von vielen Freunden Ruth Werners erhielten wir Bücher, Spendengelder, Mobiliar, Ideen und Zeit, die unsere Bemühungen unterstützen. Die Genn. Prof. Gabriele Meyer-Dennewitz stiftete uns ein Porträt von Ruth Werner, und der Sohn Peter Beurton öffnete das Familienarchiv.

Wir freuen uns über die Fortsetzung unserer Verbindung zu Euch und senden solidarische Grüße

Ingrid Becker stellv. Vorsitzende

Auf dem Büchermarkt:

Aus »Ossietzky«, Heft 19

Zur Ernüchterung

Als Lothar de Maiziere (CDU), letzter Ministerpräsident der DDR, kürzlich anmerkte, die DDR sei »kein vollkommener Rechtsstaat«, aber auch »kein Unrechtsstaat« gewesen, fiel eine Meute von Journalisten und Politikern über ihn her. Gibt es denn keine Möglichkeit, den rechthaberischen, herrschsüchtigen Zensoren das Maul zu stopfen? Nein! Jedenfalls sind sie taub gegen jeden Hinweis auf rechtsstaatliche Defizite der BRD.

Am 3. Oktober vollendet sich das 20. Jahr der staatlichen Einheit. Das Jubiläum wäre Anlass genug, endlich in sachlichem Ton über DDR und BRD zu reden und sich um Objektivität beim Rückblick auf den Prozess des Anschlusses der DDR sowie auf die verfehlte Berliner Politik der nachfolgenden zwei Jahrzehnte zu bemühen. Stattdessen war und ist man aggressiver Volksverdummung ausgesetzt. Erforderlich sind Ernüchterungs- und Hygienemittel.

Eines davon ist Hans Fricke's Buch »Eine feine Gesellschaft«. Hilfreich ist, dass der Autor gleich zwei Hauptmotive für die verlogene Jubelstimmungsmache von Politik und Massenmedien nennt: Sie soll die Menschen von Krieg, Krise, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, »Hartz IV«, Zerschlagung unserer Sozialsysteme, Armut und

Bildungsmangel, kurz: unserer gesamtgesellschaftlichen Misere ablenken. Darüber hinaus dient die BRD-Beweihräucherung einem massiv fälschenden Geschichtsrevisionismus.

Fricke's Buch ist ein Beispiel für faktenreich argumentierenden Widerstand gegen die allgemeinwährtige Propaganda, mit der einerseits die DDR als abgewirtschafteter, maroder Unrechtsstaat niedergemacht und andererseits die BRD als Hort von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstandsgleichheit verherrlicht wird. »Eine feine Gesellschaft« ist ein Angebot, sich mit geleugneten oder verdrängten Vorgängen und Zusammenhängen vertraut zu machen. Das Buch ermutigt dazu, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, um ein zutreffendes Bild von Deutschland zu erhalten. Fricke unterstreicht die Notwendigkeit dazu mit einem Zitat des britischen Feldmarschalls Bernhard L. Montgomery: »Die Geschichtsschreibung ist der zweite Triumph der Sieger über die Besiegten.«

Volker Bräutigam

Hans Fricke: »Eine feine Gesellschaft – Jubiläumsjahre und ihre Tücken – Kritische Betrachtung der ›Wiedervereinigung‹«
GNN-Verlag Schkeuditz 2010, 252 Seiten,
15,- Euro

ISBN: 978-3-89819-341-2
(Textwiedergabe mit freundlicher Genehmigung der Politik-Zeitschrift »Ossietzky«)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.10.2010

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24.11.2010

Einstellung im Internet: 03.12.2010

Auslieferung: 09.12.2010

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 17 Uhr